

S T A D T L A H R

3. Änderung des Bebauungsplanes HEILIGENBREITE-SÜD

B e b a u u n g s v o r s c h r i f t e n :

A) Rechtsgrundlagen

§ 9 des Bundesbaugesetzes -BBauG- i.d.F.v. 18.8.1976
(BGBl. I S. 2256).

§§ 1 - 23 der Verordnung über die bauliche Nutzung von Grund-
stücken (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) i.d.F.v. 15.9.1977
(BGBl. I S. 1757).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über
die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung -PlanZVO-)
vom 19.1.1965 (BGBl. I S. 21).

§§ 94 und 111 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg -LBO-
i.d.F.v. 20.6.1972 (Ges.Bl.S. 352).

B) Planungsrechtliche Festsetzungen:

§ 1

Art und Maß der baulichen Nutzung

- (1) Ausnahmen nach § 4 Abs. 3 BauNVO sind gem. § 1 Abs. 6
Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- (2) Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO sind im
Bereich der Reihenhausbebauung unzulässig.

C) Bauordnungsrechtliche Festsetzungen:

§ 2

Gestaltung der Gebäude

- (1) Geneigte Dachflächen sind mit Ziegeln zu decken.
Die Dachflächen sind einheitlich in dunklem Farbton
zu halten.
- (2) Im Bereich der Reihenhausbebauung sind die Dachneigungen
der einzelnen Hauseinheiten einander anzugleichen.

§ 3

Garagen und Stellplätze

- (1) Garagen sind mit ebenen Dächern zu versehen; ihre äußere
Gestaltung hat der von Massivbauten zu entsprechen. Die
Dachflächen sind zu bekiesen oder ähnlich zu gestalten.
- (2) Die Überdachung von Stellplätzen bedarf der Genehmigung.

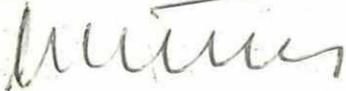


§ 4

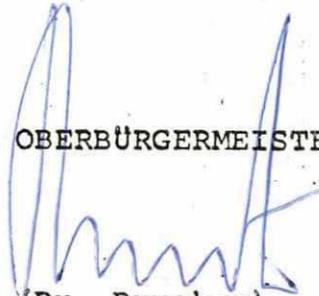
Außenanlagen und Bepflanzung

- (1) Einfriedigungen zur Abgrenzung der Grundstücke sind als Heckenpflanzungen oder -soweit erforderlich- als einfache Holz-, Eisen- oder Drahtzäune bis 1,20 m Höhe über Gelände zugelassen.
- (2) Freiflächen sind, soweit sie nicht für Stellflächen und deren Zufahrten, für Wege oder als sonst befestigte Flächen benötigt werden, gärtnerisch zu gestalten.
- (3) Notwendige Erdbewegungen (Abgrabungen, Aufschüttungen, Geländevertiefungen, Anlage von Terrassen, Böschungen etc.) sind so durchzuführen, daß unabhängig von den Grundstücksgrenzen eine zusammenhängende Geländegestaltung entsteht.
- (4) Die mit einem Pflanzgebot belegte Fläche ist mit 50% sommergrünen und 50% wintergrünen Sträuchern zu bepflanzen.

Lahr, den 1.9.1978
STADTPLANUNGSAMT


(Dr.-Ing. Kugler)
Stadtbaudirektor

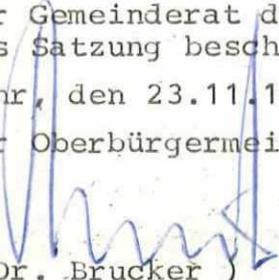
DER OBERBÜRGERMEISTER

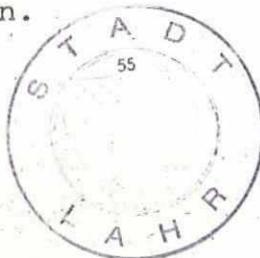

(Dr. Brucker)

Der Gemeinderat der Stadt Lahr hat am 20.11.1978 die 3. Änderung als Satzung beschlossen.

Lahr, den 23.11.1978

Der Oberbürgermeister:

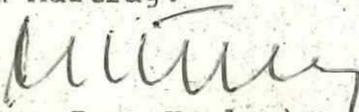

(Dr. Brucker)

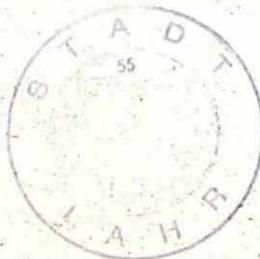


Die 3. Änderung wurde am 24.11.1978 rechtsverbindlich.

Lahr, den 27.11.1978

Im Auftrag:


(Dr.-Ing. Kugler)
Stadtbaudirektor



1000
1000
1000
1000
1000
1000
1000
1000
1000
1000

1000
1000
1000
1000
1000
1000
1000
1000
1000
1000